

Leipziger Tageblatt

III

Anzeiger.

N^o 52.

Sonntag, den 21. Februar.

1847.

Außerordentlicher Landtag.

Sitzung der zweiten Kammer am 18. Februar 1847.

Die heutige Sitzung beginnt in Gegenwart der Staatsminister v. Könneritz, v. Wietersheim, v. Falkenstein und v. Carlowitz $\frac{1}{2}$ 11 Uhr. Zuerst spricht Stellvertreter Weidauer, welcher sich dem, was Abgeordneter Beyer gesagt, anschließt und besonders noch wünscht, die Regierung möge den überhandnehmenden Hausirhandel in die gesetzlichen Grenzen zurückweisen, auch das Circular vom 6. Februar 1804, welches den Spitzenfabrikanten das Auslohnen der Arbeiter mit Waaren untersagt, einschärfen. Der hierauf gestellte Antrag wird unterstützt. Abgeordneter Jani berührt gewisse gesetzliche Einrichtungen, wodurch die arme Population auf einen Fleck gleichsam hingedrängt werde; die armen Leute fänden sich vorzugsweise da zusammen, wo schon ärmere seien; in dieser Beziehung sei das Heirathsgesetz zum Theil unpractisch, ja könne auf die Länge gefährlich werden. Gegen noch größere Parzellirung des Grundeigenthums müsse er sich entschieden erklären, denn das befördere eher die Armuth. Auch sei er dafür, daß man den, der nicht arbeiten wolle, aber könne, zur Arbeit zwingen dürfe; man müsse durch eine religiöse, sittliche Erziehung den Menschen begreiflich machen, daß, wer nicht arbeite, auch nicht essen solle; den Gemeinden dürften die Mittel nicht entzogen werden, daß sie denen nicht zu essen zu geben brauchten, die nicht arbeiten wollten. — Todt: er habe schon früher mit jugendlicher Kraft und Begeisterung für die vorliegenden Fragen gestritten; freilich sei er nun alt geworden, wie man jetzt sage, — indeß solle ihn das nicht hindern, nochmals seine Stimme für die arbeitenden Volksklassen zu erheben. Es sei noch nicht lange her, daß man diese Fragen zu behandeln zu vornehm gewesen; jetzt haben sich dieselben Aller bemächtigt, Alle nähmen daran Theil, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Man denke jetzt ernstlich darüber nach, und das sei eine erfreuliche Erscheinung, denn sie werde die große Idee der Freiheit und Gleichheit erst recht practisch in's Leben einführen; sie werde Erfolge haben, wie auch die gegenwärtige Berathung, wenn man schon nicht mit einem Fußtritte die allgemeine Glückseligkeit aus der Erde stampfen könne. Denn die Berathung werde dem Arbeiter noch nicht sein Huhn in den Topf geben. Bei Beleuchtung der Ursachen des Nothstandes und der Mittel zur Hebung desselben bemerkt der Abgeordnete u. A.: die Ungleichheit der Abgaben sei es nicht allein, sondern die große Last derselben, welche das Proletariat mit hervorbringe; sie seien zu einer unverhältnißmäßigen Höhe emporgewachsen. Das Zuvielregieren erfordere eine Menge von Beamten, die wohl reducirt werden könne. Wie diese, so vermehrten die stehenden Heere die Staatslasten; werde man mit einem Antrage auf Verminderung derselben freilich nicht durchkommen, so hindere das doch nicht, darauf hinzuweisen und hinzuwirken. Dann müsse man seine Fürsorge darauf richten, daß die nothwendigsten Konsumtibilien gänzlich zollfrei werden. Der Zollverein habe das nicht vom national-ökonomischen Standpunkte behandelt; Sachsen müsse daher seine, wenn auch nur eine Stimme, dafür immer und immer wieder erheben und werde damit doch

durchdringen. — Für das Innungswesen müsse endlich Etwas geschehen. Wenn man die Entscheidungen der Administrativ-Justizbehörde in Bezug darauf lese, so scheine die Regierung der Ansicht zu sein, daß das Innungswesen nach und nach verdrängt werden solle. Wolle sie das, so möge sie offen damit hervortreten, man möge sich darüber offen in der Kammer aussprechen, wenn auch etwas Streit entstehe. Die neuen Briefe der Innungen seien nicht ausreichend, denn darin sei über das Arbeitsgebiet von der Regierung gar nichts aufgestellt. — Daß das Trucksystem in einzelnen Fällen sein Gutes haben möge, glaube er, vorzüglich wenn es nicht mit dem D geschrieben werde. Ueber das bei der sächsisch-bayerischen Eisenbahn ausgeübte werde er nächstens sprechen. — Die Errichtung von Armenarbeitshäusern müsse man wenigstens erst versuchen, ehe man darüber abspreche. Auf das Verbot des frühzeitigen Heirathens habe die Deputation keinen Antrag gestellt, sie habe sich aber sagen müssen, daß durch Letzteres einer gewissen Classe der Gesellschaft Nachteile zugezogen würden; sie möge sich bequemen, wie andere Classen, etwas später zu ehelichen, sie werde einer leidlichen Nachkommenschaft dann immer noch genießen können. In Bezug auf Auswanderung bemerkt der Sprecher: der Erzgebirger hänge einmal sehr an der Scholle; auf die Kommisscher Pflege habe man dabei sein Absehen wohl so nicht gerichtet. Deshalb könne aber der Staat immer darauf bedacht sein, auswärt's Land anzukaufen. — Daß man den Getreideverkauf dem Handel überlassen solle, möge wohl im Großen gelten; der Händler wolle aber gern schnell verkaufen und werde in der Zeit der Noth auch nicht zu den möglichst billigen Preisen verkaufen; da müsse man gerade an Wehlmagazine denken. Man habe deren auch im Erzgebirge, es befände sich aber kein Getreide drin; ob das gute Verwaltung sei, lasse er dahin gestellt. Man habe das Getreide verkauft, dafür seien Staatspapiere in die Cassen gelegt worden; ob die z. B. in der Casse eines gewissen Bergmagazins noch vorhanden seien, wisse er nicht. Hierauf bemerkt, nachdem Abg. Todt noch die Deputationsanträge vertheidigt und die außerdem gestellten zu widerlegen gesucht hat, Staatsminister v. Könneritz: der geehrte Bürgermeister meine damit einen Fall, welcher der Kammer schon bekannt geworden sei; man habe aber den Thäter nicht erlangen und zur Bestrafung ziehen können. Bei Theuerung klage man allemal über Mangel an Kornmagazinen, in wohlfeilen Zeiten aber halte man sie für überflüssig; die Erfahrung habe gelehrt, daß deren Verwaltung sehr theuer sei, weshalb man auch z. B. den Bergleuten die Differenz des Preises baar ausgezahlt habe. — Dr. Joseph: nachdem der Abg. Todt, dessen Rüstigkeit, festen Willen und beharrliches Streben in der Kammer wenigstens Niemand verkennen, geschweige denn antiquiren werde, die Vorschläge der Deputation auf Zuziehung Sachverständiger eben erläutert, auch eine willkommene Aufnahme dieses Antrags bei dem Ministerium zu erwarten stehe, da der Minister des Innern gerade bei dieser Angelegenheit empfunden zu haben scheine, wie wenig ausreichend der gewöhnliche Apparat des Bureaokrismus zu Ergründung solcher Dinge sei, da der Minister selbst in's Land hinaus gegangen sei, als der Angstruf erschollen, um mit